

Von: katrin-urban-mangold@tpponline.de [<mailto:katrin-urban-mangold@tpponline.de>]

Gesendet: Dienstag, 9. Juli 2019 11:46

An: 'ob-buero@passau.de' <ob-buero@passau.de>

Betreff: Antrag: Online-Bürgerbeteiligung einführen

**ÖDP-Stadträte Urban Mangold, Oliver Robl, Prof. Dr. Egon J. Greipl, Michael Schöffberger
und ÖDP-Stadtratsfraktion**

Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Dupper

Antrag: Online-Bürgerbeteiligung etablieren - Passau führt neue Beteiligungsformen ein

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte legen Sie den folgenden Antrag den zuständigen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vor.

Antrag:

- Die Stadt Passau schließt sich einem Open-Source-Projekt zur Online-Bürgerbeteiligung an.

Beispielhaft ist hier CONSUL (consulproject.org), das in einigen größeren Städten bereits eingesetzt wird. CONSUL bietet von der Beteiligung an Debatten, Entwicklung von Initiativen bis hin zu Abstimmungen technisch alle Möglichkeiten. Die Stadt sollte sich zunächst auf folgende Punkte konzentrieren:
 - Einbringen von Verbesserungsvorschlägen durch Bürgerinnen und Bürger
 - Debatten und Meinungsbildung zu aktuellen stadtpolitischen Themen
 - Initiativen und Vorschläge an den Stadtrat (Online-Bürgerantrag)
- Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten zu prüfen und die notwendigen Schritte zur Einführung einer Online-Bürgerbeteiligung vorzubereiten. Zur Beratung im Stadtrat soll die Initiative Mehr Demokratie in Bayern geladen werden.
- Die Einführung der Online-Bürgerbeteiligung soll wissenschaftlich begleitet werden, um unter anderem zu eruieren, welche Bevölkerungsgruppen erreicht und wessen Interessen so besser in den politischen Diskurs eingebracht werden können. Hierzu soll eine Kooperation mit der Universität Passau angestrebt werden.

Begründung und Erläuterung:

Zusätzlich zu den bekannten Formen der Bürgerbeteiligung (Bürgerbegehren, Bürgerantrag, Bürgerversammlungen) soll auch die Beteiligung über das Internet in Passau eingeführt werden.

CONSUL wird bereits von einigen größeren Kommunen erfolgreich genutzt. Passau wäre die erste deutsche Stadt, die sich an diesem Projekt beteiligt.

Nachdem die Software technisch alle Möglichkeiten bietet und im Hinblick auf die Nutzung durch die Stadt alles ermöglicht, aber nichts vorschreibt, halten wir diese Software für geeignet, eine qualitativ gute und gewinnbringende Online-Bürgerbeteiligung in Passau einzuführen.

Bei dieser Software ist vieles offen und kann spezifisch für Passau geregelt werden. Denkbar wäre beispielsweise, dass sich der Stadtrat per Beschluss selbst verpflichtet, eine im Netz entstandene Initiative zu beraten, wenn mehr als 1% der Einwohner online gezeichnet haben (in Passau: ca. 530 Unterschriften) - wie beim schon bestehenden Instrument des Bürgerantrags.

Alle Passauerinnen und Passauer, die sich über CONSUL oder eine vergleichbare Software an politischen Debatten beteiligen möchten, müssen sich vorab registrieren und sind dann in der Lage:

- Anträge zu stellen, die ein bestimmtes Quorum erfüllen müssen
- Vorschläge zu diskutieren und so Ihre Meinung dem Stadtrat auf einem institutionalisierten Weg via Internet vorzutragen.

Durch die Registrierung wird u. a. sichergestellt, dass politische Auseinandersetzungen, im Gegensatz zu solchen auf Social-Media-Plattformen auf einer sachlichen und konstruktiven Ebene bleiben. Mit institutionalisierter Online-Bürgerbeteiligung kann der Debattenstil im Internet positiv gestaltet werden.

Rede und Gegenrede unter registrierten Nutzern kann die Debattenkultur und das Diskussionsklima im Netz deutlich verbessern. Damit steigt auch die Bereitschaft, im Internet mitzudiskutieren. Herz und Verstand in die digital geführte Debatte zu bringen, ist natürlich eine anspruchsvolle Arbeit, die personell betreut werden muss. Ein Administrator muss notfalls auch korrigierend wirken, falls Debatten unsachlich werden. Wir halten es für falsch, der oftmals schlechten Diskussionskultur in manchen Online-Kommentarspalten und Plattformen tatenlos zuzusehen. Wir sehen vielmehr in aktiven Mitmach- und Initiativrechten eine große Chance für eine gute und die Stadt voranbringende Online-Debattenkultur – als Ergänzung zur repräsentativen Verfasstheit der Stadt.

Wir meinen, die Stadt Passau würde damit den Nerv treffen. Die Jugend füllt rund um den Erdball mit Fridays for Future-Aktionen die Straßen und sorgt sich um ihre Zukunft. Gerade jetzt machen wir deshalb diesen konstruktiven Vorschlag, der allen Seiten hilft: Junge und ältere Menschen werden direkt in die Politik einbezogen und könnten zu strittigen örtlichen Themen konkrete Vorschläge einbringen und diese direkt an die Politik geben.

Mehr Demokratie in Bayern e.V. steht für fachliche Fragen zur Online-Bürgerbeteiligung dem Passauer Stadtrat gerne zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Urban Mangold, Oliver Robl, Prof. Dr. Egon J. Greipl, Michael Schöffberger